

Unser Ja zur Verbreiterung der Uni-Trägerschaft

Der Uni-Vertrag ist richtig, wichtig, pflichtig

Martin Matter

Die Uni Basel ist die älteste Universität der Schweiz. Und die jüngste, wenn das Baselbietervolk am 11. März Ja sagt: Zum ersten Mal wird eine Universität gemeinsam von zwei Kantonen getragen, finanziert und gesteuert. Ein Anlass zur Freude. Der Vertrag kostete nicht wenige Schweisstropfen, die Sitzungsprotokolle der partnerschaftlichen Verhandlungen füllen Bände. Aber am Ende stand der Erfolg in Form eines allseits akzeptablen Staatsvertrags. Die Willenserklärung zur gemeinsamen Trägerschaft stammt aus dem Jahr 1994 › es brauchte durchaus langen Atem. Nötig war auf Baselbieter Seite auch eine Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) mit dem erklärten Ziel, neuen finanziellen Spielraum zu schaffen für wichtige Aufgaben wie die Universität.

Gleiche Rechte. Bisher schon zahlte Baselland viel Geld an die Uni, ohne aber viel mitreden zu können. Der Vertrag beschert dem Baselbiet nun einerseits die › politisch gewollten › Mehrausgaben; damit die Landschaft nicht von Anfang an die vollen neuen Kosten übernehmen muss, werden sie aber für die ersten sieben Jahre von Basel politisch abgedeckt. Mit den Mehrausgaben erwirbt sich Baselland andererseits die gleiche paritätische Mitsprache im Universitätsrat wie der Partner Basel-Stadt.

Der Landkanton hat zuvor nicht nur dafür gesorgt, dass Basel einen Standortvorteil von 10 Prozent übernehmen muss, sondern half mit anhaltendem Druck auch entscheidend mit, dass die Kosten für die medizinische Lehre und Forschung endlich separat ausgewiesen werden. Nicht nur das: Ein schweizerisches Novum ist die Tatsache, dass für diesen Bereich ein besonderes, gemeinsames Steuerungsorgan geschaffen wurde, in welchem Baselland faktisch ein Vetorecht besitzt.

Exzellenz. Die weiterhin teilautonome Uni braucht in einem zunehmend härter werden nationalen und internationalen Wettbewerb mehr Mittel und längere Spiesse. Sie braucht «Exzellenz» und die gibt es nicht zum Nulltarif. Für Basel und die ganze Region wiederum bildet eine gute Universität einen Standortfaktor ersten Ranges, ja gar einen Wachstumsmotor. Dies rechnet jemand vor, der es wissen muss: Rainer Füg, Autor der Regio-Wirtschaftsstudie. Eine Uni produziert nicht nur Wissen, das von anderen Unternehmen nachgefragt wird, sondern auch «Spin offs», neue Firmen, die direkt aus der Universität heraus entstehen. Anders gesagt: Eine hochstehende Uni generiert auch Arbeitsplätze und Steuern.

Unvollkommen. Nun ist auch dieser Staatsvertrag, wie alle politischen Werke, von Menschenhand gemacht und nicht vor Kritik gefeit. Auf beiden Seiten hätte man gern dieses oder jenes anders gehabt, aber schliesslich mussten Kompromisse gefunden werden. Und die beiden Parlamentskommissionen waren zu Recht frustriert, dass sie am Vertragstext, den die Regierungen ausgehandelt hatten, nichts mehr ändern durften › dies wird in Zukunft anders sein. Doch alle vernünftigen politischen Kräfte des Baselbiets verloren das Ziel nicht aus den Augen und stellten sich am Ende voll hinter diesen Vertrag.

Eine solche «Grosse Koalition der Vernünftigen» aber ist jedes Mal ein gefundenes Fressen für die SVP, zumal beim Thema Partnerschaft. Die lieben Frauen und Mannen haben die Erwartungen auch diesmal nicht enttäuscht. Die permanente Wahlkampf-Gugge wirft sich wieder einmal ins Kostüm und spielt ihr Rahmenstückli «Rettet das selbstständige Baselbiet»; dazu scheppert ab schlechtem Playback die alte Leier «Partnerschaft ja, aber nicht so». Das Spiel ist ebenso durchsichtig wie übel, aber was solls; die Baselbieter Politik muss damit leben. Nebenbei bemerkt: Mit ihrer Behauptung, Baselland werde beim Uni-Vertrag über den Tisch gezogen, stellt die SVP sogar den härtesten Verhandler des Baselbiets, Finanzdirektor Adrian Ballmer, als Trottel hin. Soviel zur Güte dieser «Opposition».

Der Uni-Staatsvertrag ist insgesamt ein grosser Schritt vorwärts und der Lohn hartnäckiger politischer Konsensarbeit. Er verdient ein klares, wuchtiges Ja.

Alle vernünftigen politischen Kräfte des Baselbiets stellen sich voll hinter den Vertrag.